



# HESSISCHER LANDTAG

28. 11. 2025

Plenum

## Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,  
Fraktion der SPD**

**Wer in Hessen lebt, muss sich sicher fühlen können – Sicherheit im Alltag hat**

**Der Landtag wolle beschließen:**

1. Der Landtag begrüßt es, dass die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten auf ihrer Konferenz im Oktober in Mainz geschlossen ein Sicherheitspaket für Deutschland vorgelegt haben. Die Sicherheitsarchitektur und das effiziente Zusammenspiel aller für die Sicherheit zuständigen Bundes- und Landesbehörden ist durch ein umfassendes und konsequentes Sicherheitspaket für Deutschland zu gewährleisten. Hierzu gehört aus Sicht des Landtags auch die Stärkung der Analysefähigkeiten der Polizei, die Umsetzung der Speicherpflicht für IP-Adressen und Portnummern sowie die Ausweitung der Einsatzmöglichkeiten von KI für Sicherheitsbehörden. Auch werden die Maßnahmen zur Begrenzung der irregulären Migration benannt und weitere Anpassungen, wie eine Rechtsgrundlage für einen Ausreisearrest für vollziehbar ausreisepflichtige Gefährder und schwere Straftäter, gefordert.
2. Der Landtag begrüßt auch, dass die Regierungschefinnen und Regierungschefs die Vorhaben der Bundesregierung unterstützen, zum Schutz von Frauen gegen Gewalt die elektronische Fußfessel schnellstmöglich deutschlandweit einzuführen und den dauerhaften Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Sexualstraftaten sowohl durch mehr präventive Maßnahmen wie auch die Vereinheitlichung und Zusammenführung von Daten zu verbessern. Hessen hat bereits mit der letzten Änderung der HSOG die elektronische Fußfessel nach spanischem Modell eingeführt, weil sich gezeigt hat, dass dies ein wirkungsvolles Instrument bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt ist, da diese von aktuellen oder ehemaligen Partnern ausgeht.
3. Der Landtag begrüßt den MPK-Beschluss auch im Hinblick auf die Notwendigkeit einer effektiven Drohendetektion und -abwehr, für die der Bund die rechtlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen schaffen und die Zusammenarbeit zwischen Bundespolizei, Polizeien der Länder und Bundeswehr optimieren muss. Mit der Änderung der HSOG hat der Hessische Landtag bereits die gesetzliche Grundlage in Hessen für den Einsatz von Drohnen zur Datenerhebung geschaffen.
4. Der Landtag stellt fest, dass Hessen, nicht zuletzt dank des engagierten Einsatzes der hessischen Polizistinnen und Polizisten, seit vielen Jahren zu einem der sichersten Länder der Bundesrepublik Deutschland gehört. Das Sicherheitsgefühl der Hessinnen und Hessen wird aber auch ganz konkret u. a. durch Geldautomatensprengungen, Gewaltdelikte auf unseren Straßen und Plätzen und einer steigenden Zahl von Rohheitsdelikten, auf die Probe gestellt. Um dieses vor Ort weiter zu verbessern, sorgt die Landesregierung mit dem Präventionsprogramm KOMPASS auf kommunaler Ebene für eine Verbesserung der tatsächlichen und wahrgenommenen Sicherheit. In Bezug auf die Sicherheitssituation in Innenstädten hat das Land im Sofortprogramm 11+1 die Innenstadtoffensive gestartet, damit sich Bürgerinnen und Bürger in den Innenstädten sicher fühlen und auch sicher sein können.
5. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung den Wiederanstieg der Kriminalität nach den Jahren der Pandemie, darunter auch der Straßenkriminalität, zum Anlass genommen hat, die Sicherheit in Hessens Innenstädten verstärkt in den Blick zu nehmen. Mit der im Februar 2024 gestarteten Innenstadtoffensive hat die hessische Polizei landesweit in nunmehr 14 Städten, und insbesondere im Frankfurter Bahnhofsviertel, ihre Präsenz und den Kontrolldruck deutlich erhöht. Gerade die Straßenkriminalität ist in Hessen im vergangenen Jahr überwiegend zurückgegangen. Vor allem die verstärkte Polizeipräsenz und fortlaufende Kontrollen sollen dazu beitragen, dass sich die Lage auch in besonders kriminellbelasteten Orten, wie dem Frankfurter Bahnhofsviertel, spürbar und nachhaltig verbessern wird.

6. Der Landtag sieht in der Etablierung von Messer- und Waffenverbotszonen vor Ort sowie im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) einen sinnvollen Beitrag zum Erhalt und zur Verbesserung der Sicherheit, geben Polizei und Ordnungsbehörden die Möglichkeit zu Kontrollen und entfalten abschreckende Wirkung auf potentielle Täter. Von Messern und Waffen gehen gerade in Innenstädten und im ÖPNV erhebliche Eskalationsrisiken aus. Durch die präventive Wirkung der Waffenverbotszonen wird diesen entgegengewirkt. Seit Sommer letzten Jahres gibt es sie in Limburg, Kassel, Frankfurt Sachsenhausen, Bad Hersfeld, Fulda, Darmstadt und Rüsselsheim sowie ab November in Gießen. Zudem wurde durch die Neuregelung des § 42 Waffengesetz ein allgemeines Waffenverbot bei öffentlichen Veranstaltungen wie Volksfesten oder Märkten eingeführt.
7. Der Landtag resümiert die zurückliegende Novellierung des hessischen Polizeirechts (HSOG) mit der er unter anderem die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, Videoschutztechnik erweitert einzusetzen, um insbesondere gefährdete Religionsstätten, wie Synagogen, wirkungsvoll zu schützen. Zudem wurde mit der Reform des hessischen Polizeirechts der Einsatz von Videoschutzanlagen auch mit Künstlicher Intelligenz ermöglicht. Der Landtag dankt der hessischen Polizei für die zügige Umsetzung der Technik in Frankfurt, wo seit Sommer eine KI-gestützte Videoanalyse im Einsatz ist, um vermisste Personen oder Terrorgefährder zu identifizieren, sofern ein richterlicher Beschluss vorliegt.
8. Der Landtag stellt mit Bedauern fest, dass Anschläge und zielgerichtete Gewalttaten aus politischen oder islamistischen Motiven, aber auch aufgrund von psychischen Erkrankungen es erforderlich machen, Veranstaltungen jeglicher Art wie Volksfeste, Paraden und Weihnachtsmärkte besonders zu schützen. Auch wenn es absolute Sicherheit nicht geben kann, ist es Anspruch für Hessen, dass sich Besucherinnen und Besucher von Festen sicher fühlen können. Der Landtag begrüßt deshalb, dass die Landesregierung unmittelbar nach den jüngsten Anschlägen und Gewalttaten ein Sofortprogramm „Sicherheit bei Veranstaltung“ ins Leben gerufen hat, um Kommunen bei der sicheren Durchführung von Veranstaltungen im öffentlichen Raum zu unterstützen. Mit dem neuen Erlass werden pragmatische Lösungen ermöglicht und die Handlungssicherheit der Beteiligten vor Ort erhöht. Die Landesregierung hat dabei sowohl die Sicherheit und als auch die Verhältnismäßigkeit im Blick.
9. Der Landtag dankt den Mitarbeitern der hessischen Sicherheitsbehörden für ihren tagtäglichen Einsatz für die Sicherheit der Menschen in Hessen. Vor allem die starke und sichtbare Präsenz der mehr als 16.000 Polizeibeamtinnen und -beamten trägt hierzu bei. Die Einsatzkräfte, insbesondere die Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamten, leisten tagtäglich Herausragendes. Ihnen und den vielen weiteren Frauen und Männern im sicherheitsrelevanten Bereich, wie bspw. dem Verfassungsschutz, dem Justizvollzug und auch dem Brand- und Katastrophenschutz gilt der tiefe Respekt des Landtags.
10. Der Landtag sieht sich in der Verantwortung, die Sorgen der Menschen um die Sicherheit im öffentlichen Raum ernst zu nehmen, und gemeinsam mit den Kommunen an differenzierten und konkreten Lösungen, etwa bei der Gestaltung öffentlicher Plätze zu arbeiten. Dabei nehmen wir nicht nur innenpolitische Maßnahmen in den Blick, sondern betrachten auch die soziale Sicherheit von Menschen. Durch die Schaffung des Zugangs zu Bildung und Arbeitsmarkt und durch die Armutsbekämpfung können ebenfalls Ursachen von Kriminalität präventiv bekämpft werden. Gerade gesamtgesellschaftliche Herausforderungen müssen innerhalb des demokratischen Wettstreits diskutiert und pragmatisch gelöst werden. Diesem Ansatz verschreibt sich auch der Landtag, um Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Problemlösungsfähigkeiten der Politik zurückzugewinnen.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 28. November 2025

Für die Fraktion

der CDU

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Ines Claus**

Für die Fraktion

der SPD

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tobias Eckert**